

Zeitschrift:	Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber:	Auslandschweizer-Organisation
Band:	26 (1999)
Heft:	1
Artikel:	Leben am Rand des Existenzminimums : "Working poor" - Armut trotz Arbeit
Autor:	Schneider, Lukas M.
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-909791

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Leben am Rand des Existenzminimums

«Working poor» – Armut trotz Arbeit

Schätzungen zufolge erzielen in der Schweiz gegen 410 000 Menschen trotz voller Erwerbstätigkeit kein existenzsicherndes Einkommen. Mit welchen Massnahmen soll vor diesem Hintergrund das soziale Phänomen der «Working poor» bekämpft werden?

Auch auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt bilden sich immer mehr sogenannte Niedriglohnbranchen. Damit gerät ein zentrales Element helvetischer Wertvorstellungen ins Wanken: Erwerbstätigkeit schützt

Lukas M. Schneider

vor Armut nicht. Das ist insofern eine brisante Feststellung, als die Schweiz nach wie vor zu jenen Nationen gehört, in denen die durchschnittlich höchsten Einkommen der Welt erzielt werden.

In den vergangenen Jahren hat eine Gruppe an Bedeutung gewonnen, die von Soziologen als «Working poor» bezeichnet wird. Die Studie «Trotz Einkommen kein Auskommen» des Hilfswerks Caritas Schweiz hat gezeigt, dass drei Viertel dieser erwerbstätigen Armen einen Schweizer Pass besitzen. Sie arbeiten vorwiegend im Gast- und Reinigungsgewerbe sowie im Verkauf.

Minimallohn als Patentlösung?

Im Zeichen der Globalisierung und des verschärften Standortwettbewerbs bleibt den Minderbemittelten wenig Hoffnung auf eine Vergrösserung ihrer Lohntüte. Lösungsansätze zur Verbesserung ihrer materiellen Situation hat Caritas Ende 1998 zu Papier gebracht. Konkret fordert das Hilfswerk die Einführung eines gesetzlich festgelegten Minimallohns. Als zweite sozialpolitische Massnahme schlägt es die Ausweitung der Ergänzungsleistungen auch auf die Gruppe der «Working poor» vor. Wie werden diese Empfehlungen von den politisch relevanten Kräften in der Schweiz beurteilt?

Skepsis im bürgerlichen Lager ...

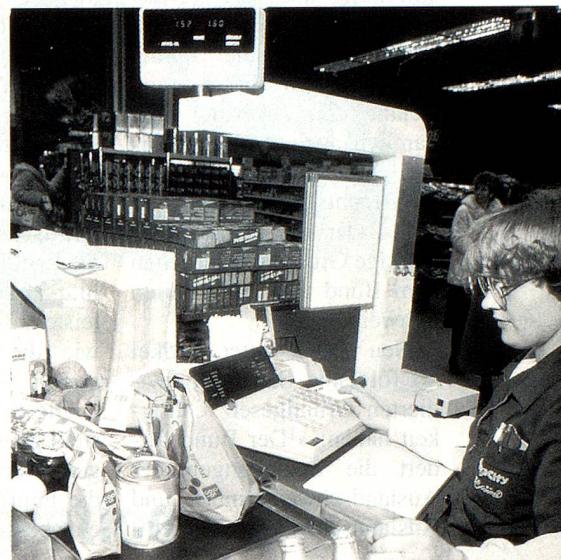
Massiv wendet sich der Schweizerische Gewerbeverband gegen die Ansichten der Caritas und tut sie kurzum als «dreist» und «realitätsfremde politische Forderungen» ab. Auch die Schweizeri-

sche Volkspartei (SVP) kann sich mit den Vorschlägen nicht anfreunden. Nationalrat Toni Bortoluzzi schlägt vielmehr eine Entlastung der Abgabenseite vor. Von einer Senkung der Beiträge an die Sozialversicherungen erhofft er sich eine Steigerung der Kaufkraft auch auf der Arbeitnehmerseite.

Skeptisch äussert sich mehrheitlich die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP). Generalsekretär Johannes Matyassy hält nichts von einem gesetzlich festgelegten Mindestlohn. Die Entlohnung müsse weiterhin dem Markt überlassen werden. Anstelle einer Ausweitung der Ergänzungsleistungen plädiert er für eine bessere Nutzung der bestehenden sozialpolitischen Instrumente. Längerfristig soll gemäss Matyassy das Los der erwerbstätigen Armen durch permanente Weiterbildung verbessert werden: «Das Konzept lebenslangen Lernens gilt auch für die «Working poor». Das setzt allerdings voraus, dass unser Bildungssystem nicht einer Elite vorbehalten bleibt.» Die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) bringt innerhalb des bürgerlichen Lagers am meisten Verständnis für die Einführung eines Minimallohns auf. So befürwortet die CVP grundsätzlich die Verankerung eines Rechts auf Existenzsicherung in der Bundesverfassung. «Jeder Mensch, der in diesem Land arbeitet, sollte einen Lohn erhalten, mit dem er anständig leben kann», fordert

Die Debatte über die «Working poor» zeitigt Wirkung: Im Gastgewerbe ist ein neuer Gesamtarbeitsvertrag (GAV) in Kraft getreten. Dieses landesweit gültige Abkommen gilt für alle Betriebe, die der Öffentlichkeit gastgewerbliche Leistungen anbieten. Alle Angestellten haben neu Anspruch auf einen monatlichen Mindestlohn. Weiter wird der 13. Monatslohn gestaffelt eingeführt, indem er sich nach Dauer der Betriebszugehörigkeit ausrichtet.

LS



Die Arbeit der Kassiererin ist hektisch. Trotzdem gehört ihre Tätigkeit zu den am schlechtesten bezahlten Jobs. (Foto: Keystone)

Nationalrätin Rosmarie Zapfl-Helbling und verweist gleichzeitig auf das Problem der Quantifizierung. Aufgrund der unvollständigen Datenbasis könne die Schweiz im Vergleich zu anderen europäischen Staaten die «Working poor» noch zu wenig genau erfassen.

... Zustimmung bei den Linken

Am linken Parteispektrum finden die Vorschläge der Caritas hingegen breite Zustimmung. Der sozialdemokratische Nationalrat Alexander Tschäppät ortet das Grundproblem im Ungleichgewicht der Sozialpartner. Einen ersten Schritt zur Besserung sieht er dann erreicht, «wenn die Arbeitgeber wieder zu ihrer Verantwortung zurückfinden und anständige Löhne zu anständigen Arbeitsbedingungen bezahlen.» Cécile Bühlmann, Nationalrätin der Grünen Partei, findet es alarmierend, dass zunehmend jüngere Leute mit Kindern in Not geraten. SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr betrachtet daher die Erhöhung der Kinderzulagen als ein wirksames Mittel, um das Armutsrisko einzudämmen. Der jurassische Ständerat Pierre-Alain Gentil (SP) schliesslich lässt sich zu einer pointierten Stellungnahme hinreissen: «Entweder bleibt die Schweiz sozial, oder sie wird verschwinden.» ■